

Niederschrift
über die 6. Sitzung des Rundfunkrats des Hessischen Rundfunks
im Geschäftsjahr 2021 am 16. Juli 2021 in Frankfurt am Main
Öffentliche Hauptversammlung

Beginn der Sitzung: 15:30 Uhr

Anwesend

Vom Rundfunkrat:

Frau Dr. Alinaghi
(als Gast über MS Teams)
Frau Claus
Frau Dr. Dangel
Herr Dulige
Herr Enners
Herr Freiling
Herr Gülegen (als Gast über MS Teams)
Frau Dr. Hahne
Frau Haus (als Gast über MS Teams)
Frau Hübsch (als Gast über MS Teams)
Frau Isser
Frau Dr. Jungherr
Frau Klär
Frau Dr. Kümmel
Herr Machalet
Herr Dr. Müller
Herr Prof. Dr. Mukherjee (als Gast über
MS Teams)
Herr Neumann
Herr Ortmann
Frau Puttrich
Herr Rock
Herr Rudolph
Frau Schoder-Steinmüller
Frau Seewald (als Gast über MS Teams)
Herr Volz
Frau Weinmann-Mang
(als Gast über MS Teams)
Herr Wesselmann
Frau Zulauf

Niederschrift über die 6. Sitzung des Rundfunkrats des Hessischen Rundfunks
am 16. Juli 2021 in Frankfurt
Öffentliche Hauptversammlung

2

<u>Vom Verwaltungsrat:</u>	Herr Defterli Herr Clauss Frau Gesang Herr Dr. Manderscheid Herr Reif Herr Siebel Frau Wallmann
<u>Vom Hessischen Rundfunk:</u>	Herr Krupp Frau Holzner Herr Lauer Frau Dr. Hütt Frau Weber Herr Barz Frau Müller-Geskes Herr Hammerschmidt Frau Zaher Frau Brinkmann (Protokoll) Frau Bach
<u>Von der hr werbung:</u>	Herr Simon
<u>Entschuldigt vom Rundfunkrat:</u>	Herr von Boehm-Bezing Frau Faeser Frau Dr. Gilles Herr Wagner
<u>Entschuldigt vom Verwaltungsrat:</u>	Herr Ehinger Herr Greilich
<u>Entschuldigt vom hr:</u>	Frau Peters
<u>Vorsitz:</u>	Herr Dr. Müller

Tagesordnung

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Jahresbericht des Intendanten und Jahresrechnung 2020
3. Genehmigung des Jahresberichts des Intendanten und der Jahresrechnung 2020,

Entlastung des Verwaltungsrats,

Entlastung des Intendanten
4. Verschiedenes

Zu Punkt 1. der Tagesordnung: Begrüßung und Feststellung der
Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, insbesondere Herrn Verderber, den neuen Vorsitzenden des Gesamtpersonalrats und Frau Führer, die Vorsitzende des Örtlichen Personalrats Frankfurt. Er begrüßt darüber hinaus die Gäste, die die Sitzung über einen Livestream in der Goldhalle verfolgen können und die ebenfalls via Livestream zuschauenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt. Änderungswünsche zur Tagesordnung der Öffentlichen Hauptversammlung gibt es nicht.

Zu Punkt 2. der Tagesordnung: Jahresbericht des Intendanten und
Jahresrechnung 2020

Über diesem Jahresbericht, so der Vorsitzende, liege mit Blick auf das Ende der Amtszeit des Intendanten im kommenden Jahr ein „Hauch von Abschied“. Er bittet Herrn Krupp um seinen Bericht.

Der Intendant stellt seinen Jahresbericht und die Jahresrechnung 2020 vor. Er betont, dass dies zwar seine letzte Öffentliche Hauptversammlung sei, er aber bis Ende Februar jede Minute mit Energie und Leidenschaft für einen zukunftsfähigen Hessischen Rundfunk kämpfen und die Diskussion mit den Gremien suchen werde. Gemeinsam sei man auf einem Weg, der den hr voranbringe. Die Rede des Intendanten und die Präsentation zur Jahresrechnung sind dem Protokoll beigelegt (**Anlagen 2 und 3**).

Der Vorsitzende dankt dem Intendanten für seine Rede und seinen Einsatz.

Frau Klär räumt ein, dass die Rede sie sehr mitgenommen habe. Sie blicke zurück auf anstrengende vier Jahre als Vertreterin der Europaunion im Rundfunkrat. Der Hessische Rundfunk, wie er ihr bekannt war, sei so nicht mehr vorhanden, sondern es habe sich etwas aufgebaut, von dem sie nun sagen könne, dass es genau die richtigen Veränderungen gewesen seien. Herr Krupp habe als Intendant Unglaubliches geleistet und insbesondere die Aufgabe, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dabei mitzunehmen, sehr gut bewältigt. Sie erinnere sich, dass es im Gremium zu Beginn des Transformationsprozesses Schwierigkeiten gab, die Strategie „digital first“ nachzuvollziehen. Auch mit

Überlegungen zum agilen Lernen und dem digital thinking habe sie sich zunehmend befasst. Deutliche Beispiele für die Veränderungen seien das Wegfallen bekannter Formate, Veränderungen des Organigramms oder dass Hierarchien nicht mehr die gleiche Rolle wie früher spielten. All dies hätten der Intendant und die Geschäftsleitung mit vorsichtiger Hand wunderbar hinbekommen und sie hoffe, dass man auch in Zukunft auf diesem vorbereiteten Weg weitergehen könne. Hierfür spreche sie dem Intendanten ihren persönlichen Dank aus. Dem schließt sich der Vorsitzende an.

Frau Hübsch zeigt sich beeindruckt von den vorgestellten Zahlen insbesondere mit Blick auf die jüngeren Nutzerinnen und Nutzer. Gleichzeitig sei sie nicht überzeugt, dass die Bemühungen ausreichen, um die „Gen Z“, also die Generation der ab dem Jahr 2000 Geborenen, zu erreichen. So hätten ihre Kinder vom Hochwasser in dieser Woche beispielsweise über Videos von Betroffenen bei TikTok erfahren. Ähnliches beobachte sie auch bei der Nahostberichterstattung: Auch hier seien Betroffene und Aktivistinnen und Aktivisten für viele junge Menschen die wichtigste Informationsquelle und würden ihrerseits die öffentlich-rechtliche Berichterstattung scharf kritisieren. Ihre Befürchtung sei, dass bei einer solchen Informationsgewinnung die Kontextualisierung und der Rahmen fehlten und die junge Generation sehr anfällig für eine verzerrte Wahrnehmung sei. Insofern müsse seitens des öffentlich-rechtlichen Rundfunks mehr passieren, um junge Menschen zu erreichen.

Weiter verweist sie auf die Inhalte einzelner Akteure wie Kinderärzten, Psychologen und Hebammen auf Instagram, die teils sehr hohe Reichweiten hätten und damit offenbar die hohe Nachfrage junger Familien nach lebensnahen Angeboten bedienen. Dies werde so durch den Hessischen Rundfunk noch nicht abgedeckt, da die Inhalte manchmal zu oberflächlich oder thematisch nicht nah genug dran seien. Vor diesem Hintergrund begrüße sie außerordentlich den Zukunftsdialog mit Round Tables und Town Halls und sei auf die Ergebnisse sehr gespannt. Sie erinnere auch an das „Stadtgespräch“, das in ähnlicher Form als digitales, interaktives Format für junge Leute denkbar und für diese sicher von Interesse sei. Der Intendant stimmt zum erstgenannten Aspekt zu, dass von großer Bedeutung sei, die gesamte Bandbreite von Themen zu benennen und die Darstellung nicht nur Aktivistinnen und Aktivisten einer Seite zu überlassen. Hier müsse man fragen, warum Aktivistinnen und Aktivisten plötzlich eine solche Bedeutung bekämen. Ein Grund sei sicher der emotionalere Zugang, darüber hinaus nehme in der digitalen Welt die Bedeutung von Persönlichkeiten zu. Daher sei ein Ansatz, den auch Frau Strobl als neue ARD-Programmdirektorin betont habe, im Digitalen mehr auf Persönlichkeiten und Hosts zu setzen. Diese

müssten aber für etwas anderes stehen als für Aktivismus. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk stehe nur für eines, nämlich eine offene und demokratische Gesellschaft. Der Grundsatz, wonach man sich auch mit einer guten Sache nicht gemein machen dürfe, gelte weiterhin. Einige funk-Formate beispielsweise lösten genau das ein und böten Orientierung. Während beim Start von funk die unterhaltenden Formate dominant gewesen seien, sei inzwischen der Zuwachs an Informationsformaten enorm. Die Erfahrungen mit funk zeigten, dass es noch mehr Orientierungsformate brauche. Ein gelungenes Beispiel sei MaiLab, ein Format, bei dem wissenschafts- und zugleich alltagsrelevante Themen in einer Weise aufbereitet würden, die jungen, aber auch älteren Menschen Zugang zu diesen Themen biete. Nicht ohne Grund habe das ZDF die Hauptautorin nun für eine Sendung im ZDF-Hauptprogramm abgeworben. Bei den Instagram-Stories der hessenschau sehe er schon viel Potenzial, aber er stimme Frau Hübsch zu, dass dieses Thema eine enorme Herausforderung darstelle.

Auch beim letzten von Frau Hübsch angesprochenen Aspekt könne er nicht widersprechen, müsse aber auf die begrenzten Möglichkeiten des hr hinweisen. Er sei der Auffassung, dass Dialogformate wichtiger würden und man überlegen müsse, ob dabei weiterhin Talkshows eine solche dominante Rolle einnehmen sollten. Wichtig seien sowohl die Rückkanalfähigkeit bei den eigenen Angeboten als auch das Kuratieren der Angebote. Im Telemedienausschuss habe man jüngst eine lange Diskussion mit den für das Thema Community Management zuständigen Kolleginnen und Kollegen geführt. Diese versuchten, den Dialog herzustellen, seien aber auch massiv von Hass und Mangel an Dialogfähigkeit betroffen.

Insgesamt handele es sich bei den von Frau Hübsch angesprochenen Aspekten um Themen, die beim hr auf der Agenda stünden. Einfache Lösungen werde es dabei nicht geben; vielmehr müsse man unterschiedliche Formate an unterschiedlichen Stellen ausprobieren. Dies sei auch eine Herausforderung: Dinge auszuprobieren und, wenn sie nicht funktionierten, wieder sein zu lassen, sei insgesamt teurer als einzelne Formate wie das Hessenquiz über lange Zeit zu produzieren. Dies sei mit Blick auf die im Vergleich zur allgemeinen Preisentwicklung sinkenden Mittel des hr eine Herausforderung.

Herr Machalett kommt auf die auf den Seiten 4 und 5 des Jahresberichts zu sprechen, die ihm wegen der dargestellten Werte des Hessischen Rundfunks, darunter Vielfalt, Gemeinwohl und Zusammenhalt, besonders aufgefallen seien. Der hr und der öffentlich-rechtliche Rundfunk insgesamt seien wichtige Institutionen zur Stärkung demokratischer Strukturen und Orte, um eine sachorientierte Diskussionskultur in der Gesellschaft zu ermöglichen. Der

öffentlich-rechtliche Rundfunk befinde sich in einem Spannungsfeld: Einerseits müssten Antworten mit Blick auf den stärker werdenden Markt der Streaminganbieter wie Netflix und Co. gefunden werden. Andererseits sei man zunehmend populistischen Angriffen ausgesetzt und müsse diesen entgegentreten. Er sei vor diesem Hintergrund der Auffassung, dass der Programmauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks möglichst breit ausgestaltet bleiben müsse, um diesen Herausforderungen zu begegnen. Dass der hr, wie auf Seite 5 des Jahresberichts ausgeführt, auf die Zukunft ausgerichtet sei und auch digitale Medien und junge Nutzerinnen und Nutzer im Blick habe, bestätigten auch die Zahlen. Bei den bis 29-Jährigen liege der öffentlich-rechtliche Rundfunk im Informationsbereich weiterhin an erster Stelle, wie auch die JIM-Studie und die aktuelle Use-the-News-Studie des Leibniz-Instituts belegt hätten. Daran müsse man anknüpfen und versuchen, diesem hohen Niveau weiter gerecht zu werden und den hohen Grad an Seriosität beizubehalten. Zum anderen müsse man inhaltliche Angebote verstärken. Dies sei sicher wegen des veränderten Nutzerverhaltens nicht einfach und erfordere ausreichende Finanzmittel und kreative Ideen. Wie dies gelingen könne, zeige eine Zulieferung des hr für funk, nämlich World Wide Wohnzimmer, das im vergangenen Jahr den Deutschen Comedypreis gewonnen habe. Abschließend wolle er die Entwicklung einer zunehmend integrierten Planung hervorheben: Da die lineare Nutzung bei jungen Nutzerinnen und Nutzern abnehme, müsse man bei der Entwicklung neuer Inhalte lineare und non-lineare Verbreitung zusammen denken und jeweils prüfen, welches Angebot für welche Zielgruppe passend sei. Er sehe bei dieser Aufgabe und mit Blick auf die Erfolge aus dem letzten Jahr eine hohe Motivation der Belegschaft des hr und wolle als Mitglied des Rundfunkrats dazu ermuntern, diese Aufgabe anzugehen. Der Intendant bekräftigt das Gesagte. Er betont aber, dass die entstehenden Aufwände durch Reduzierung an anderer Stelle finanziert werden müssten. Er erlebe breite Zustimmung zu neuen Inhalten, gleichzeitig sei der Protest groß, wenn dafür vorhandene Formate gestrichen oder gekürzt werden müssten. Wesentliche Themen, die in der kommenden Zeit auch die Gremien beschäftigen würden, seien die Portfolio- und die Distributionsstrategie, also die Fragen, welche Inhalte man erstelle und wo man sie verbreite. Diese Fragen wirkten sich letztlich auch auf die konkreten Arbeitsabläufe aus. Entsprechendes sehe man im Verlagsbereich oder bei privaten Sendern, wo es zunehmend zwei Einheiten gebe: eine Einheit für die Inhalte und eine Einheit, die sich mit Ausspielwegen und Plattformen beschäftige. Letztere veränderten sich stark, sodass man kontinuierlich prüfen müsse, worauf man setze und welche Plattformen man nicht mehr nutze. Dies zeige nicht zuletzt die Plattform Clubhouse, die nach dem

anfänglichen Hype schon nach kurzer Zeit kaum noch eine Rolle spiele. Bedenken müsse man bei diesen Fragen auch: Verwende man Aufwand dafür, sich mit dem jeweils passenden Verbreitungsweg zu beschäftigen, habe man weniger Kapazität für die Inhalte. Er sei aber davon überzeugt, dass man sich, wenn man diesen Weg nicht gehe, zunehmend von der jüngeren Generation abkople.

Herr Freiling kommt zu sprechen auf die im Jahresbericht dargestellten hohen Akzeptanzwerte gerade bei denjenigen, die öffentlich-rechtliche Inhalte nicht nutzten. Er frage sich, woher die große Zustimmung komme. Bei den Drittplattformen bestehe das Problem, dass keine ausreichende Zurechnung zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk erfolge. Dies gelte auch bei funk, wo die Entwicklung nach einer anfangs intensiven Diskussion beispielsweise um die Nennung von ARD und ZDF im Abspann nun aber in die richtige Richtung gehe. Aus seiner Sicht enthielten die digitalen Produkte ganz gezielt einen Hinweis auf die klassischen linearen Marken: tagesschau.de, sportschau.de und hessenschau.de. Diese Marken seien Ausdruck von Seriosität, Qualität und Vertrauenswürdigkeit. Auch wenn dies zunächst widersprüchlich klinge, sehe man daran, dass die Qualität des linearen Programms Garant für den Zuspruch auch im Digitalen sei. Daher sei es fatal, wenn jede Diskussion über das lineare Angebot möglicherweise auch dieses Vertrauen zerstöre. Zudem müsse man betonen, dass auch der Auftrag eine Grenze ziehe und ausschließe, dass man sich den Strategien von TikTok oder von Influencern unterwerfe. Auch dies stelle eine Herausforderung dar. Der Intendant stimmt hinsichtlich des letzten Gedankens zu. Widersprechen müsse er aber der Idee, dass eine hohe Akzeptanz bei denen gegeben sei, die die Angebote des öffentlich-rechtlichen Rundfunks *nicht* nutzten. Auch bei jungen Leuten gebe es eine hohe Nutzung öffentlich-rechtlicher Inhalte, wenn auch deutlich niedriger als bei der Gesamtbevölkerung. Anders als neulich in einem Zeitungsartikel zu lesen war, sei die Nutzung von linearem Fernsehen und Radio weiterhin ausgesprochen hoch. Auch bei den jüngeren Zielgruppen gebe es eine relevante Nutzung der linearen Angebote. Was die Zuordnung zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk betreffe, würden die funk-Inhalte je nach Studie von zwei Dritteln bis drei Vierteln der Nutzerinnen und Nutzer als Produkte des öffentlich-rechtlichen Rundfunks erkannt. Man wisse auch, dass es dabei deutliche Unterschiede je nach Plattformen gebe, da beispielsweise Nutzerinnen und Nutzer bei YouTube besonders auf den Absender eines Videos achteten und die öffentlich-rechtlichen Angebote dort positiv bewerteten. Man wolle sich aber nicht mehr mit der Nutzung bei YouTube zufriedengeben, sondern setze auf die enorme Vielfalt an Inhalten auf den

eigenen Plattformen wie Mediathek und Audiothek.

Die Tagesschau komme zwar ursprünglich aus dem Linearen, habe sich aber zu einer medienübergreifenden Marke entwickelt. Er sei beispielsweise beeindruckt vom Angebot der Tagesschau bei TikTok, dem es gelinge, komplexe Sachverhalte ohne Verflachung für die junge Zielgruppe ansprechend darzustellen. Anlässlich des Hochwassers habe er auch bei TikTok verschiedene Elemente wie Nutzervideos gesehen, die auch in die Berichterstattung hätten integriert werden können.

Insgesamt gehe es darum, die Bedürfnisse der Nutzerinnen und Nutzer ernst zu nehmen, sie aber auch in Relation zum gesetzlichen Auftrag zu setzen.

Der Vorsitzende unterstreicht, dass der hr für Hessen unverzichtbar sei, dies aber immer auch von der Akzeptanz der Angebote abhängt. Zur Akzeptanz würden alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des hr mit ihrer engagierten Arbeit, ihren hochwertigen Produkten und ihren Innovationen beitragen. Daher wolle er sich im Namen des Rundfunkrats bei der gesamten Belegschaft für ihre Arbeit bedanken.

Zu Punkt 3. der Tagesordnung: Genehmigung des Jahresberichts des Intendanten und der Jahresrechnung 2020, Entlastung des Verwaltungsrats, Entlastung des Intendanten

Der Vorsitzende bittet den Vorsitzenden des Verwaltungsrats, Herrn Clauss, um seinen Bericht.

Herr Clauss betont, nach dem von Optimismus geprägten Vortrag des Intendanten wolle er aus Sicht des Verwaltungsrats zwar kein Wasser in den Wein gießen, müsse aber auf einige Aspekte hinweisen, die den Verwaltungsrat in der letzten Zeit beschäftigt hätten.

Gerade das vergangene Jahr 2020 habe sehr deutlich gezeigt, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk unterfinanziert sei. Dies gelte im Besonderen für den Hessischen Rundfunk. Auch in seinem Bekanntenkreis stelle er fest, dass Diskussionen über Rolle und Funktion des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und die Höhe des Rundfunkbeitrags zunehmen – auch wenn der Rundfunkbeitrag letztlich nur dem Preis von zwei Kinokarten entspreche.

Hinweisen wolle er darauf, dass die KEF in der letzten Beitragsperiode bereits 300 Mio. Euro nicht bewilligt habe. Die Intendantinnen und Intendanten seien daher gezwungen gewesen, diese Mittel einzusparen - die Hälfte bei den Gemeinschaftseinrichtungen und die Hälfte bei den Anstalten.

In seinem letzten Bericht habe er auf die Gefahr hingewiesen, dass der von den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten unterzeichnete Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag nicht zustande kommen könnte. Dies sei bedauerlicherweise eingetreten, da der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt den Staatsvertrag zwar unterschrieben, aber dem Landtag nicht zur Ratifizierung vorgelegt habe. Daher seien die Rundfunkanstalten gezwungen gewesen, den Gang nach Karlsruhe zu gehen. Das gewünschte Ergebnis habe im Eilverfahren nicht erzielt werden können und darüber hinaus sei das Bundesverfassungsgericht, nicht zuletzt aufgrund der Corona-Krise, mehr als beschäftigt, so dass mit einer kurzfristigen Entscheidung nicht gerechnet werden könne. Hinzu komme demnächst eine neue Zusammensetzung des zuständigen Senats. Er hoffe, dass das Bundesverfassungsgericht in der Kontinuität der grundlegenden Urteile aus dem Rundfunkbereich entscheiden werde. Dies sei offen, jedenfalls ergebe sich aber aufgrund der Neubesetzung eine zeitliche Verzögerung. In der politischen Landschaft sei zu beobachten, dass der Wahlsieger in Sachsen-Anhalt seinen Erfolg mit dem Nein zur Beitragserhöhung in Verbindung bringe. Wie dies in einer neu zusammengesetzten Koalition überwunden werden könne, sei unklar. Auch im Landtag in Sachsen gebe es zunehmend kritische Stimmen, sodass selbst bei einem positiven Ausgang in Karlsruhe die Ratifizierung eines neuerlichen Staatsvertrags in zwei Ländern fraglich sei. Es bestehe also die Gefahr, dass es nicht zu einer kurzfristigen Erhöhung des Rundfunkbeitrags kommen werde. Dies treffe die verschiedenen Landesrundfunkanstalten unterschiedlich stark. Daher sei er Frau Weber und ihrem Team dankbar für die Darstellung eines Modells, das die Verteilung zwischen den Landesrundfunkanstalten in den Blick nehme. Derzeit profitierten aufgrund der staatsvertraglichen Regelungen nur Radio Bremen und der Saarländische Rundfunk vom Finanzausgleich. Der hr müsste aufgrund seiner finanziellen Situation aber im Grunde ebenfalls in den Finanzausgleich aufgenommen werden. Vor dieser Herausforderung stehe der Hessische Rundfunk.

Sorge bereite ihm ein weiterer Aspekt in der aktuellen medienpolitischen Diskussion. Der scheidende Direktor der Bayerischen Landesmedienanstalt Schneider habe erneut die Frage der Abschaffung der dualen Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks aus Rundfunkbeiträgen und Werbung gestellt.

Nach den Berechnungen der KEF würde eine Kompensation der durch den Wegfall der Werbeeinnahmen entstandenen Lücke eine Erhöhung des Rundfunkbeitrags um etwa 1,50 € erforderlich machen. Dies halte er politisch für nicht durchsetzbar. Auch aus ordnungspolitischen Gründen halte er es für nicht vertretbar, wenn es Werbung nur im privaten Rundfunk gäbe.

Es komme nun darauf an, die Herausforderung zu meistern, dass dem Hessischen Rundfunk für das laufende Geschäftsjahr 15,6 Mio € an Einnahmen fehlten. Auch sei unklar, wie die KEF im nächsten Bericht mit dieser Frage umgehe und wie sie die fehlenden Einnahmen berücksichtige.

Der Intendant habe in seiner Rede bereits den ehemaligen Direktoren Herrn Tritschler und Herrn Dr. Sommer für ihr Engagement gedankt. Er wolle ausdrücklich der Nachfolgerin von Herrn Tritschler, Frau Weber, sein großes Kompliment aussprechen, die sich sehr schnell in ihre neue Aufgabe eingefunden habe.

Er danke auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Hessischen Rundfunks. Ein besonderer Dank gelte Frau Bach und Frau Hill vom Gremienbüro, die auch mit Blick auf die Rahmenbedingungen während der Corona-Pandemie zusätzlichen Belastungen ausgesetzt gewesen seien und diese hervorragend bewältigt hätten.

Im Namen des Verwaltungsrats danke er dem Intendanten und er hoffe, dass es gelingen werde, auch im kommenden Jahr Öffentlichkeit, Politik und KEF von der Unverzichtbarkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks für die Demokratie zu überzeugen. Leider nähmen die Stimmen derer, die diese Überzeugung nicht mehr hätten, quer durch die Parteien zu. Daher müsse man aus seiner Sicht über die eigenen Leistungen auch stärker in den eigenen Programmen berichten.

Abschließend hoffe er, dass es der Findungskommission gelinge, eine neue Intendantin oder einen neuen Intendanten für die Nachfolge von Herrn Krupp zu finden und dieser seinen heute zum Ausdruck gebrachten Optimismus bewahre.

Der Vorsitzende dankt Herrn Clauss für seinen Bericht. Er bittet sodann den Vorsitzenden des Finanzausschusses, Herrn Volz, um seinen Bericht.

Herr Volz berichtet von der gemeinsamen Sitzung des Finanzausschusses mit dem Wirtschaftsausschuss des Verwaltungsrats, bei der man entsprechend der

satzungsmäßigen Vorgaben getrennte Beschlüsse gefasst habe. Er stellt die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses vor. Zunächst habe sich der Ausschuss mit dem Etat der Geschäftsstelle von Rundfunk- und Verwaltungsrat befasst und empfehle dem Rundfunkrat, dem Vorsitzenden diesbezüglich die Entlastung zu erteilen. Die Jahresrechnung 2020 sei intensiv beraten worden und der Ausschuss empfehle dem Rundfunkrat, diese zu genehmigen. Den Jahresbericht des Intendanten habe der Ausschuss entgegengenommen, eingehend diskutiert und verschiedene Änderungen angeregt. In dieser geänderten Form empfehle der Finanzausschuss die Genehmigung des Jahresberichts. Abschließend empfehle er, dem Verwaltungsrat und dem Intendanten Entlastung zu erteilen.

Die Erörterungen des Finanzausschusses hätten am 18. Juni gemeinsam mit dem Wirtschaftsausschuss stattgefunden und mit den Wirtschaftsprüfern sei der Prüfbericht für die Jahresrechnung 2020 erörtert worden. Beraten worden seien zudem der Geschäftsbericht mit Lagebericht und Jahresrechnung 2020, die Kostenträgerrechnung und die Haushaltsabrechnung nach Direktionen.

Auch der Wirtschaftsausschuss und in der Folge der Verwaltungsrat hätten sich mit den genannten Unterlagen eingehend befasst.

In seinen Beratungen habe sich der Finanzausschuss mit den Wirtschaftsprüfern auch über die Bedeutung des Risikomanagements und die Compliance-Systeme des hr ausgetauscht und teile die Einschätzung der Wirtschaftsprüfer. Auch die Liquidität des hr habe man beleuchtet und sehe, wie vom Vorsitzenden des Verwaltungsrats bereits ausgeführt, das Risiko einer Unterfinanzierung, wenn die Erhöhung des Rundfunkbeitrags nicht komme. Hier hoffe man auf eine positive Entscheidung aus Karlsruhe, da jedes Jahr ohne die Erhöhung einen erheblichen Einnahmefall bedeute. Mit Blick auf die abgeschlossenen Tarifverhandlungen könne er als langjähriger Personalvertreter und Gewerkschaftler bekräftigen, dass Kooperation stets besser als Kampf sei. Ein tragfähiger Kompromiss sei eine win-win-Situation und schaffe Vertrauen bei allen Beteiligten. Gleichzeitig sehe er die Notwendigkeit einer gesteigerten finanziellen Solidarität auch zwischen den Rundfunkanstalten, um einen Dominoeffekt zu vermeiden, der auch nicht im Interesse der anderen Anstalten wäre. Hier gehe es darum, gegenüber den Anstalten, aber auch gegenüber KEF und Politik für die strukturelle Unterfinanzierung einiger Anstalten im Verhältnis zu anderen zu sensibilisieren.

Zusammenfassend verweise er auf die bereits angesprochenen Beschlussempfehlungen und Entlastungen und danke im Namen des Finanzausschusses für die gute und kollegiale Zusammenarbeit.

Herr Freiling kommt auf einen Aspekt aus dem Prüfbericht der Wirtschaftsprüfer zu sprechen. Im Risiko- und Chancenbericht des Intendanten würden sehr deutlich zahlreiche, nicht unerhebliche Risiken beschrieben, beispielsweise urheberrechtliche Aspekte, Forderungen von Kabelbetreibern, Statusklagen, die Altersversorgung, die Problematik der Erhöhung des Rundfunkbeitrags, die Lage des Werbemarktes, steuerrechtliche Aspekte und Marktrisiken. Jeder dieser Punkte sei aus seiner Sicht für sich genommen ein bedeutendes Risiko. Die Wirtschaftsprüfer würden diesen Bericht wörtlich übernehmen, dann aber lediglich ergänzen, dass die genannten Risiken unter Berücksichtigung ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und ihrer potenziellen finanziellen Auswirkungen in ihrer Gesamtheit keinen bestandsgefährdenden Charakter aufweisen würden. Dieser Satz sei auch im letzten Bericht des damaligen Wirtschaftsprüfers enthalten gewesen, weshalb er diesen Aspekt damals schon angesprochen habe. Offenbar sei diese Feststellung der Wirtschaftsprüfer Bestandteil ihres Auftrags. Mit Blick auf die in der Summe sehr gefährlichen Risiken stelle sich aber die Frage, ob dann nicht der Auftrag an die Wirtschaftsprüfer verändert werden müsse, wenn Ergebnis des erteilten Auftrags der genannte Satz sei. Der Intendant erläutert, dass die Wirtschaftsprüfer bestimmte Rahmenbedingungen zu berücksichtigen hätten und hier im Wesentlichen zwei Aspekte prägend seien: Zum einen gehe es darum, ob Geschäftsleitung und Gremien die bestehenden Risiken sehen und aktiv an deren Minderung arbeiten würden. Dies hätten die aktuellen, aber auch die vorherigen Wirtschaftsprüfer intensiv geprüft und letztlich bestätigt. Zum anderen sei der hr schon nach dem hr-Gesetz nicht insolvenzfähig, sodass auch vor diesem Hintergrund nicht von einer Gefährdung des Bestandes gesprochen werden könne, umso mehr, wenn die bestehenden Risiken adressiert würden. Unterstreichen wolle er an dieser Stelle aber auch, dass die nicht bestehende Insolvenzfähigkeit des Hessischen Rundfunks keinen Anlass zum Zurücklehnen biete, da man gar nicht erst eine Situation erzeugen dürfe, die eine Diskussion über eine Haftung des Landes Hessen aufkommen ließe. Eine solche Staatshaftung würde die Substanz des unabhängigen öffentlich-rechtlichen Rundfunks gefährden und könne für den hr keine Alternative sein. Herr Freiling regt an, diesbezüglich den Dialog mit den Wirtschaftsprüfern zu suchen. Inhaltlich leben könne er mit einem solchen Satz, wenn ergänzt würde, dass die Risiken zwar beachtlich seien, im Rahmen der Prüfung aber der Eindruck gewonnen worden sei, dass die verantwortlichen Organe sich der Risiken bewusst seien und diesen entgegentreten würden. Die allgemeine Aussage, dass es keine bestandsgefährdenden Risiken gebe, könne er dagegen nicht nachvollziehen. Herr Clauss bekräftigt, dass man sich stets im intensiven Dialog mit den Wirtschaftsprüfern befinde und der Verwaltungsrat

eine kritische Prüfung einfordere. Dieses Jahr habe er beispielsweise bemängelt, dass im Zusammenhang mit den Ausführungen zum Haushaltsgrundsatzgesetz auch die Tätigkeit der Gremien deutlicher hervorgehoben werden solle, da diese die Risiken nicht nur zur Kenntnis nehmen, sondern ihnen im Rahmen ihrer Beratungen auch Rechnung tragen würden. Ob dies im kommenden Bericht aufgegriffen werde, bleibe abzuwarten. Wichtig aus Sicht des Verwaltungsrats sei, dass der Intendant in seinem Lagebericht die Situation nicht nur realistisch beschreibe und der Verwaltungsrat dies zur Kenntnis nehme, sondern dass die Risiken und drohenden Probleme auch sehr deutlich dargestellt würden. Dies sei auch deshalb erforderlich, weil der Lagebericht auch an den Landtag und die Landesregierung gehe, die bekanntlich die erforderlichen Rahmenbedingungen schaffen müssten. Ein selbständiger Hessischer Rundfunk sei ein konstitutives Element für den Bestand des Landes Hessen. Auch in der eigenen Berichterstattung müsse man darauf hinweisen, damit den Entscheidungsträgern in der Politik klar sei, dass ihre Entscheidungen substantiell seien für das, was der Hessische Rundfunk gesellschaftspolitisch für das Land bedeute. Dies gelte nicht nur hinsichtlich seiner Rolle für die Demokratie, sondern auch vor dem Hintergrund der identitätsstiftenden Bedeutung des Hessischen Rundfunks für das Land Hessen.

Weiterer Gesprächsbedarf ergibt sich nicht.

Der Vorsitzende verweist für die Beschlussfassung auf den in Vorlage 15d)/2021 enthaltenen Beschlussvorschlag.

Der Rundfunkrat fasst sodann in offener Abstimmung einstimmig folgende Beschlüsse:

- 1. Der Rundfunkrat bestätigt die Abrechnung des Etats für die Geschäftsstelle des Rundfunk- und Verwaltungsrats und erteilt dem Vorsitzenden des Rundfunkrats für das Geschäftsjahr 2020 Entlastung.**
- 2. Der Rundfunkrat genehmigt die Jahresrechnung 2020 einschließlich der in dieser Vorlage dargestellten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Ausgaben nach TZ 2.9.4.2 der Finanzordnung.**
- 3. Der Rundfunkrat genehmigt den Jahresbericht des Intendanten des Hessischen Rundfunks in der vom Verwaltungsrat – auf Basis der in der**

**gemeinsamen Sitzung des Wirtschafts- und Finanzausschusses
angeregten Änderungen - empfohlenen Form.**

**4. Der Rundfunkrat erteilt dem Verwaltungsrat für das Geschäftsjahr 2020
Entlastung.**

**5. Der Rundfunkrat erteilt dem Intendanten für das Geschäftsjahr 2020
Entlastung.**

Der Vorsitzende gratuliert dem Intendanten und dem Verwaltungsrat zur erteilten Entlastung.

Zu Punkt 4. der Tagesordnung: Verschiedenes

Hierzu liegen keine Wortmeldungen vor.

Der Vorsitzende dankt den Teilnehmerinnen und Teilnehmern für die konstruktive Sitzung und wünscht eine erholsame Sommerpause. Die nächste Sitzung des Rundfunkrats finde am 10. September statt.

Schluss der Sitzung: 17:12 Uhr

gez. Dr. Rolf Müller

Anlagen

16. Juli 2021

Lieber Herr Dr. Müller, lieber Herr Clauss,
liebe Mitglieder der Gremien,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Gäste,

zwei Kernthemen haben die letzten Jahre jede Hauptversammlung dominiert. **(Grafik 2)** Einmal die finanzielle Lage des Hessischen Rundfunks und zum anderen die Erfüllung unseres Programmauftrags in einer zunehmend digitalisierten Welt. Und ich erinnere mich was ich vor zwei Jahren als größte Herausforderung durch die Digitalisierung formuliert habe - das ist der Umgang mit zunehmender Unsicherheit. Unsicherheit, die getrieben wird durch eine immer schnellere technologische Entwicklung, eine immer größere Diversität in der Mediennutzung und schließlich eine ganz starke Tendenz zur Individualisierung, die die Gesellschaft weiter auseinandertreibt. Heute müssen wir alle eine Explosion der Unsicherheiten feststellen. An erster Stelle steht für alle Menschen die Erfahrung mit einer Pandemie mit immer neuen Regeln, mit wissenschaftlichen Erkenntnissen, deren Halbwertszeit immer wieder begrenzt ist, und einer ständigen Umstellung unserer Lebens- und Arbeitswelt.

Hier hat im Hessischen Rundfunk die AG Pandemie unter schwierigsten Bedingungen herausragende Arbeit geleistet. Und dazu kommt für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk die Situation, dass ein von 16 Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten unterzeichneter Staatsvertrag letztlich an Sachsen-Anhalt gescheitert ist und damit zumindest bis zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts nicht nur ein wichtiges Finanzierungselement wegfällt, sondern auch ein Teil unserer Zukunftsfähigkeit gefährdet ist.

Ein ganz natürlicher Reflex in solchen Situationen ist, sich eine scheinbar sichere Vergangenheit zurück zu wünschen oder im hier und jetzt angstvoll zu erstarren. Ich möchte dagegen den alten Hölderlin Satz setzen: „Wo aber Gefahr ist, wächst das Rettende auch“, denn in all dieser Unsicherheit und Ungewissheit stecken zugleich enorme Möglichkeiten. Ich will das im Folgenden deutlich machen anhand von 3 Leitsätzen:

Wir haben bei aller Erosion ein gesichertes Fundament und einen Auftrag für die Gesellschaft, der noch einmal wichtiger geworden ist.

Zweitens: wir können die Chance nutzen, durch mehr Flexibilität nicht hinter, sondern vor der Welle zu surfen, und schließlich: wir können Spielräume sichern, indem wir noch stärker wirtschaftlich verantwortlich handeln.

In der Corona Pandemie haben wir zwei Grunderfahrungen gemacht. Einerseits nutzen Menschen unsere Angebote so stark wie schon seit Jahren nicht mehr und sie schenken uns Vertrauen, und zugleich stehen wir im Fokus von Corona-Leugnern und Populisten, die uns nicht nur verbal angehen, sondern, wie in Kassel geschehen,

unsere Teams sogar körperlich angreifen. Man muss sich deutlich machen, dass sich solche Attacken nicht einfach nur gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und seine Mitarbeiter*innen richten, sondern elementare Grundzüge unseres demokratischen Systems in Frage stellen. Umso wichtiger ist es, sich auf unseren Auftrag zu besinnen, nämlich alle Menschen mit Information, Bildung und von Werten geprägter Unterhaltung zu erreichen und die Gesellschaft nicht zu spalten, sondern zu verbinden. Und damit haben wir beispielsweise junge Menschen erreicht, die viele schon dauerhaft für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk verloren gesehen haben.

Die ARD-Akzeptanzstudie belegt, dass 92% der Bevölkerung mindestens einmal wöchentlich ein ARD-Angebot nutzen und bei den jüngeren unter 29 sind es kaum weniger, nämlich 87%. 83% der Menschen in Deutschland stufen die Bedeutung der ARD für die Gesellschaft als hoch bzw. sehr hoch ein und das gilt auch für 80% der jüngeren. Gerade weil diese Gruppe, wenn sie Medien nutzt, immer häufiger auf fake news, Hass und Menschenverachtung stößt, sucht sie Vertrauen bei uns. Und deshalb brauchen wir Angebote, die dieses Nutzerbedürfnis auch einlösen. Als Hessischer Rundfunk haben wir sie auf vielen Feldern ausgebaut mit unseren Beiträgen bei funk, mit podcasts wie „Echt jetzt?“, einem kreativen Streitformat aus hr-iNFO“, mit Dokumentationen primär für die Mediathek.

Wir haben dafür Prioritäten verändert und neue medienübergreifende Strukturen geschaffen und damit sind wir mitten im Thema Flexibilität. Wir müssen immer schneller auf neue Angebote und veränderten Medienkonsum reagieren, ohne uns davon treiben zu lassen. Deswegen war es eine wichtige Entscheidung, erst einmal auf den Kulturwandel zu setzen.

Er hat das Ziel, möglichst viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit ihren unterschiedlichen Qualitäten und Lebenswelterfahrungen einzubeziehen, zu motivieren und Verantwortung zu delegieren. Die Notwendigkeit, in der Pandemie digital kommunizieren zu müssen hat zwar einen Verlust von Nähe ausgelöst, aber gleichzeitig neue große Beteiligungsmöglichkeiten geschaffen. Nie zuvor hatten wir bei einer Personalversammlung weit über 1000 Teilnehmer. Nachdem wir etwa mit dem medienübergreifenden Programmbereich Hesseninformation oder der digital orientierten Kulturunit Arbeitsweisen und Strukturen an der Basis verändert haben, konnten wir diese Erfahrungen auch für eine neue Form der Geschäftsleitung nutzen.

Wir haben das Justizariat noch enger an die Intendanz angebunden. Wir haben nur noch eine medienübergreifende Programmdirektion, in der die frühere Fernsehdirektion, die Hörfunkdirektion und der Bereich Multimedia zusammengefasst sind.

Wir haben eine große Betriebsdirektion mit einer Bandbreite von Personal über Finanzen bis hin zur IT, Betriebsmanagement und Services sowie Programmverbreitung.

Lassen Sie mich an dieser Stelle ganz herzlich den ausgeschiedenen Mitgliedern der Geschäftsleitung danken. Dem ehemaligen Hörfunkdirektor Heinz Sommer und dem bisherigen Betriebsdirektor Berthold Tritschler. Leider konnte wie sie in der Pandemie nicht angemessen verabschieden. Beide haben über viele Jahre den hr geprägt und wichtige Impulse gegeben, die weiter fortwirken. Dafür gebührt ihnen Respekt und Anerkennung.

Wir gehen unseren Weg jetzt weiter mit der Schaffung einer medienübergreifenden Chefredaktion, mit einer integrierten Produktion aus Fernsehen, Hörfunk und programmnahe IT. Die Qualität des Hessischen Rundfunks machen die Menschen aus, die hier arbeiten und ihre Fähigkeiten einbringen, egal welchen Status sie haben. Deshalb gehen wir den Weg zu einer integrierten Personalsteuerung und Entwicklung, die sowohl feste als auch freie mit einbezieht.

Wir wollen die vorhandenen Qualitäten und Fähigkeiten auch für die digitale Welt aktivieren, aber wir brauchen auch neue und andere Sichtweisen, um uns digital weiterentwickeln zu können.

Die dafür nötigen Spielräume können wir nur schaffen oder erhalten, wenn wir weiterhin oder vielleicht noch stärker wirtschaftlich handeln.

Der Jahresabschluss 2020 ist dafür trotz aller extrem schwierigen Rahmenbedingungen ein Beleg. Lassen Sie uns auf die Ergebnisse der Prüfung durch die Wirtschaftsprüfer von PWC schauen. **(Grafik 3)** Sie bestätigen die Jahresrechnung, die ordnungsgemäße Abrechnung des Haushaltsplans, die Erfüllung von § 53 des Haushaltsgrundsatzgesetzes, sie loben die offene und transparente Kommunikation, die Ermöglichung der Prüfungsdurchführung und konnten beim Fraud Test keine kritischen Handlungen feststellen.

(Grafik 4)

Schauen wir auf Aufwendungen und Erträge. In beiden Kategorien gab es erkennbare Abweichungen zur ursprünglichen Planung. Die Aufwendungen stiegen von 588 auf 597 Mio. Dabei muss man sich bewusst machen, dass allein die unvorhergesehene größere Absenkung des Rechnungszinses davon 20 Mio. ausmacht.

Im Jahresergebnis gibt es fast wie geplant ein Minus von 90 Mio., weil auch die Erträge höher als geplant ausfallen und dabei vor allem die Einnahmen aus dem Rundfunkbeitrag. Das alles im Corona Jahr, wo wir glücklicherweise bei unseren Kapitalanlagen kein Geld verloren aber mit 13 Mio. weniger an Erträgen auskommen mussten.

(Grafik 5)

Blicken wir auf den wichtigsten Faktor für unsere Handlungsfähigkeit, nämlich die Liquidität. Wir haben die Vorgabe des Verwaltungsrates, nämlich 50 Mio. Euro am Ende der Beitragsperiode zu sichern, deutlich überschritten und liegen fast doppelt so hoch. 25 Mio. davon macht die erst einmal gesperrte Beitragsrücklage aus, Mittel, die um Mitternacht beim Jahreswechsel quasi in einer logischen Sekunde verfügbar wurden. Aber die Liquidität sinkt nach und nach.

[Grafik hr]

Uns fehlen durch die ausgebliebene Beitragsanpassung in diesem Jahr planerisch 16 Mio. Euro. Das Bundesverfassungsgericht hat in mehreren Urteilen deutlich gemacht, dass sich die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks aus dem Auftrag ergibt und uns eine Bestands- und Entwicklungsgarantie gegeben. Grundlage dafür ist die Empfehlung der KEF, die eine Erhöhung auf 18,36 Euro nach intensiver Prüfung unserer Wirtschaftlichkeit vorsah. Dadurch, dass die Landesregierung in Sachsen-Anhalt eine Befassung im Landtag gar nicht erst zugelassen hat und damit den Staatsvertrag zum Scheitern gebracht hat, hat sie uns gezwungen, vor dem Bundesverfassungsgericht zu klagen.

Wenn wir jetzt in der Folge drastisch Programm kürzen und einschränken würden, würden wir denen, die den Verfassungsbruch begangen haben, auch noch durch unser Handeln recht geben, nach dem Motto: geht doch. Deshalb befinden wir uns in einem schwierigen Balanceakt. Einerseits unseren Auftrag für die Gesellschaft offensiv weiter zu gestalten und andererseits so weit wie möglich finanzielle Risiken zu minimieren.

[Grafik 7]

Dazu haben wir im hr Maßnahmen ergriffen. Diese haben das Ziel, den hr finanziell so aufzustellen, dass Eigenständigkeit, Strategiefähigkeit sowie Akzeptanz und Relevanz dauerhaft gesichert sind. Das sind die drei Säulen, die unsere Strategie tragen.

[Grafik 8]

Wir haben in diesem Jahr unter dem Motto „Einsparen und Umschichten“ mehrere Schritte unternommen. Wir setzen Maßnahmen, die wir ohnehin schon vor hatten, schneller um. Wir haben kurzfristig wirkende Maßnahmen ergriffen, die uns zusätzlich entlasten, etwa durch Stellenreduzierungen. Wir betrachten Maßnahmen, die eine nachhaltige und strukturelle Wirkung haben. Hier haben wir Felder bei IT, Produktion und Programmverbreitung identifiziert, die uns spätestens ab 2024 jährlich um 5 Mio. Euro entlasten. Im vierten Schritt prüfen wir die Art und Weise unserer Aufgabenerfüllung, d.h. wir wollen wo immer möglich noch stärker kooperieren, wir müssen vieles nicht mehr selber machen, aber unsere Kernkompetenzen weiterentwickeln.

Und schließlich suchen wir gerade bei der jetzigen Debatte um Auftrag und Struktur den Dialog mit der Politik unter Einbeziehung der Gremien.

Einen ganz wichtigen Schritt haben wir mit einem neuen Tarifvertrag getan. Er honoriert die Leistungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber entlastet gleichzeitig langfristig den hr. Wir wissen, dass die Tarifgemeinschaft dabei nicht wenige Hürden überwinden musste. Aber es ist ein wichtiges Signal, dass wir alle im Hessischen Rundfunk an einem Strang ziehen, um den Sender zukunftsfähig zu machen. Das gilt auch für die zurückliegende Zusammenarbeit mit der Personalvertretung und den Gremien. Wir haben intensive und zum Teil kontroverse Debatten sowohl im Rundfunkrat als auch im Verwaltungsrat geführt, aber am Ende stand stets der Konsens, der den hr voranbringt. Meinen ganz herzlichen Dank dafür.

In diesem Geist können wir auch die Veränderungen bewältigen, die uns kommende Staatsverträge zu Auftrag und Struktur bringen werden. Wir sind froh, dass die Länder über Möglichkeiten diskutieren, uns mehr Flexibilität zu ermöglichen. Dazu gehört auch die Chance, je nach Nutzerbedürfnissen ein lineares Angebot nach und nach ins digitale zu überführen. Wir sehen auch mit Sorge, dass sich in vielen zentralen Punkten bislang keine Einigkeit bei den Ländern einstellt. Und manche auf den ersten Blick kluge Idee könnte sich letztlich als Bumerang erweisen, die weniger Flexibilität aber höhere Kosten bringt. Ich will das nur an einem ganz einfachen Beispiel deutlich machen, nämlich an der Forderung, dass sich das öffentlich-rechtliche Profil ganz besonders deutlich zeigen müsse in den Zeiten, in denen die Angebote am stärksten genutzt werden. Unser Profil muss sich im Gesamtangebot und nicht vor allem in bestimmten Zeitschienen widerspiegeln, für den Auftrag gibt es keinen Feierabend.

Die Fixierung auf vermeintliche Primetimes ist höchst volatil bei einer schnellen Veränderung der Mediennutzung und der Arbeits- und Lebenswelt. Wir haben zu Beginn der Pandemie erlebt, dass mehr homeoffice dazu geführt hat, dass sich die morgendliche Hauptnutzungszeit im Radio um eine Stunde nach hinten verschoben hat. Die neuesten Zahlen zeigen jetzt schon wieder in die entgegengesetzte Richtung.

Und die Veränderung der Mobilität wird erhebliche Auswirkungen auf die App-Nutzung haben. Im Augenblick produzieren wir hessenschau.de in der Version für den Desktop und gewinnen kostensparend daraus das Angebot für die hessenschau-App. Deren Nutzungszeiten unterscheiden sich aber deutlich. Würden wir also der Forderung eines Teils der Länder nachkommen, dann müssten wir zusätzliche Kosten durch Zusatzangebote erzeugen.

Lassen Sie mich einfach noch einmal daran erinnern, was die Ausgangssituation für die heutige Diskussion um Auftrag und Struktur war. Ja, eine wichtige Motivlage war für einige Länder eine Begrenzung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und vor allem seiner finanziellen Möglichkeiten. Das aber soll jetzt erst in einem zweiten Schritt diskutiert werden.

Dazu gehört dann auch die Frage, wie sich die interne Verteilung der Mittel zwischen den Sendern gerechter gestalten lässt. Jetzt aber geht es erst einmal um den Auftrag und den ursprünglichen Ansatz, bei einer veränderten Mediennutzung alle Teile der Gesellschaft mit unseren Angeboten zu erreichen. Die Länder haben - und das finde ich gut - noch einmal deutlich gemacht, dass wir auch Jugendliche und junge Erwachsene stärker ansprechen und im Diskurs verbinden müssen. Wir sind dafür verstärkt in sozialen Netzwerken und auf Drittplattformen wie YouTube aktiv geworden, indem wir junge Menschen dort ansprechen, wo sie Medien nutzen. Wir haben gleichzeitig unsere eigenen Angebote wie Mediathek und Audiothek attraktiver gemacht und breiter ausgerichtet. Jetzt geht es nicht mehr nur darum, auf Drittplattformen eine möglichst große Reichweite in der Zielgruppe zu erreichen, sondern Menschen schmackhaft zu machen, dauerhaft unsere eigenen Plattformen mit ihren wertorientierten Inhalten zu nutzen.

Im Kleinen hat der hr beispielsweise in seiner Bewegtbildstrategie entschieden, das hr fernsehen am Nachmittag und am Vorabend vor allem an den Bedürfnissen der Nutzerinnen und Nutzer im linearen zu orientieren.

Alle anderen Formate müssen sich so weiterentwickeln, dass sie vor allem attraktiv für die non-lineare Nutzung in der Mediathek sind und dann in der Zweitverwertung im Fernsehen ausgestrahlt werden können.

Das führt zu einer Verringerung der multithematischen Magazinformate und einer stärkeren Fokussierung auf Dokumentationen und Reportagen, die mehr in die Tiefe gehen, Hintergründe aufhellen und eine breitere Betrachtung eines Themas ermöglichen. Einen ähnlichen Weg beschreiten wir etwa mit podcasts im Radio. Und auch hier müssen wir Erfahrungen sammeln, weil niemand weiß, ob mit dem zunehmenden Einsatz von Sprachsteuerung in allen Lebensbereichen Audio als leicht zu nutzendes Medium an Bedeutung sogar zunehmen könnte.

Auf ARD-Ebene haben wir gerade einen gewaltigen Schritt gemeinsam mit dem ZDF gemacht, indem wir ein gemeinsames Streaming-Netzwerk vereinbart haben. Die redaktionelle Eigenständigkeit bleibt ebenso gewahrt wie die vertrauten Marken und Eingangswege, aber wenn man in eine der beiden Mediatheken geht öffnet sich dahinter das ganze Universum unserer vielfältigen Angebote.

Indem wir nach und nach auf einer gemeinsamen technologischen Infrastruktur arbeiten, können wir Aufwände verringern und Möglichkeiten gestalten. Auch wir werden noch stärker Metadaten erfassen und individuelle Präferenzen bedienen können, aber die notwendigen Algorithmen müssen sich an den demokratischen Werten einer möglichst großen Teilhabe und der Abbildung von Vielfalt orientieren.

Im kommerziellen Bereich ist das ausschließliche Ziel, möglichst spitze Zielgruppen zu erreichen und sie in ihren Wirklichkeitswahrnehmungen zu bestätigen und von anderen abzugrenzen, weil dadurch die meisten clicks erzielt werden. Wir dagegen

müssen zwar einerseits zielgruppengerechte Angebote machen, aber gleichzeitig Filterblasen nicht verstärken, sondern öffnen und miteinander verbinden. Das ist eine gewaltige Herausforderung aber gleichzeitig ein Wert für die Gesellschaft.

Das gilt ebenso für eine offene und von Werten geprägte Kommunikation. Deshalb sind wir Teil der Initiative #KeineMachtDemHass geworden, mit der wir negativen Entwicklungen im Netz offensiv entgegentreten wollen, notfalls mit Hilfe der Strafverfolgungsbehörden.

Eine offene und angstfreie Kommunikation ist das Lebenselixier einer demokratischen Gesellschaft. Wir können und wollen dazu unseren Beitrag leisten, indem wir den Menschen Angebote machen in Information, Bildung, Kultur und Unterhaltung, die unabhängig sind von politischen und wirtschaftlichen Interessen. So geben wir den Menschen die Möglichkeit, ihr eigenes Urteil zu bilden, egal in welcher Form und wo sie Medien nutzen. Das ist unsere Orientierung und ein Leitbild auch in Zeiten, in denen die Ungewissheiten weiter zunehmen. Wir sind uns unserer Mission gewiss, gerade in einer segmentierten Medienwelt die Menschen in Hessen in ihrer Vielfalt miteinander zu verbinden.



0



1



2

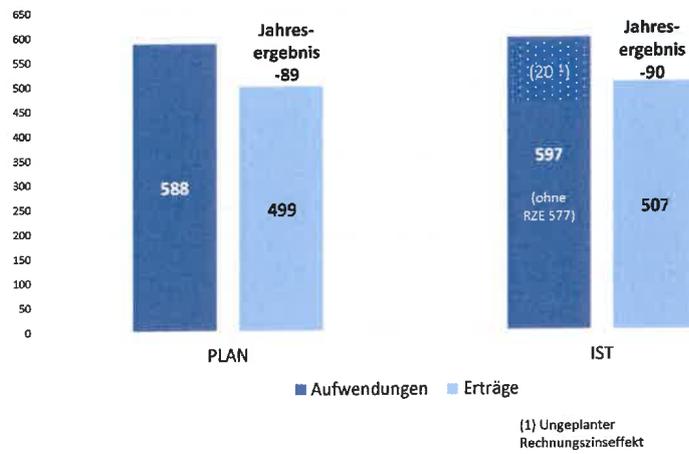
Ergebnisse Prüfung PWC

1 Jahresrechnung	✓
2 Abrechnung des Haushaltsplans	✓
3 § 53 HGrG	✓
4 Kommunikation	✓
5 Prüfungsdurchführung	✓
6 Fraud	✓

3 

3

Aufwendungen und Erträge

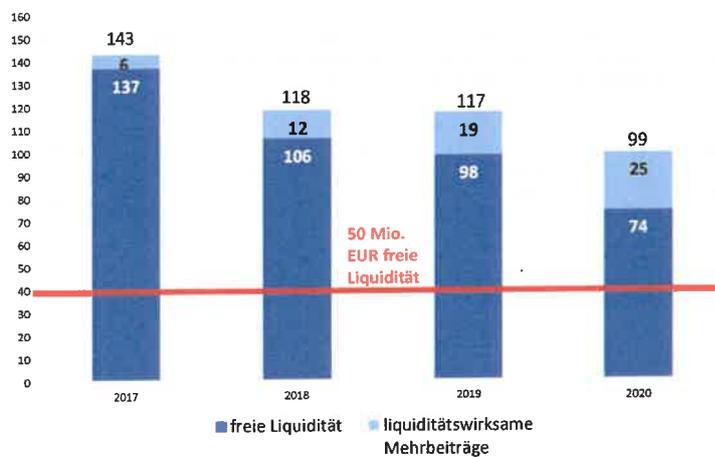


4



4

Liquidität



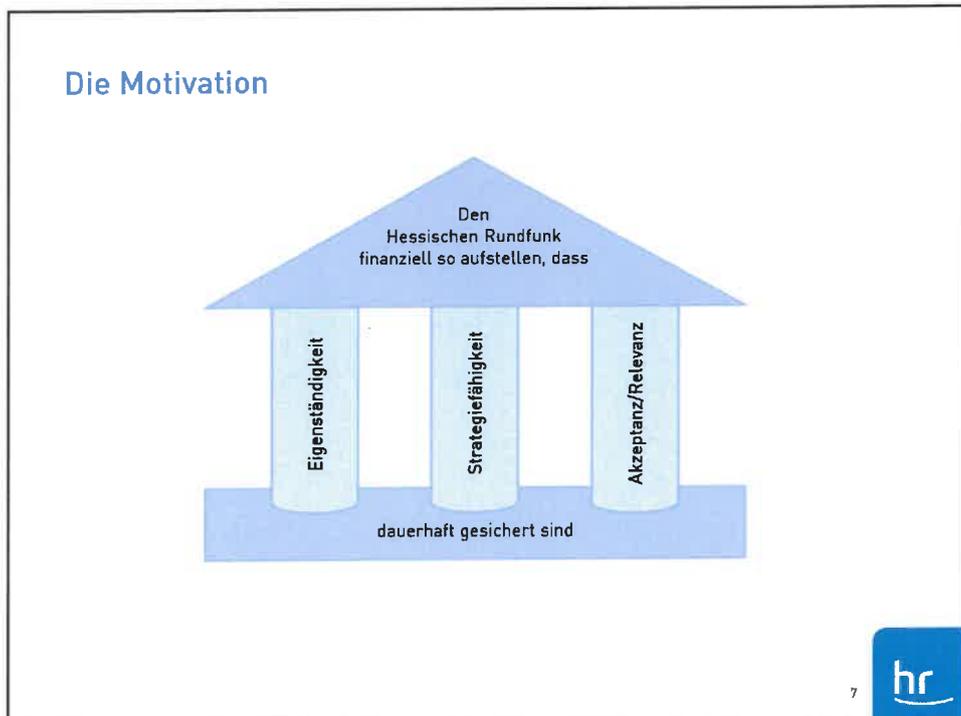
5



5



6



7

Das Vorgehen – Einsparen und Umschichten

1. Schritt: Wir setzen Maßnahmen, die wir ohnehin vorhatten, schneller um.
2. Schritt: Wir prüfen kurzfristig wirkende Maßnahmen, die uns zusätzlich entlasten.
3. Schritt: Wir betrachten Maßnahmen, die eine nachhaltige und strukturelle Wirkung haben.
4. Schritt: Wir prüfen die Art und Weise unserer Aufgabenerfüllung.
5. Schritt: Wir suchen den Dialog mit der Politik.

8

hr

8

hr

9